

## Raketen für Europa? Die US-Pläne offenbaren die strategischen Schwächen Europas

Bauer, Thomas; Baumann, Florian

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bauer, T., & Baumann, F. (2007). *Raketen für Europa? Die US-Pläne offenbaren die strategischen Schwächen Europas*. (CAP Analyse, 4/2007). München: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P) Bertelsmann Forschungsgruppe Politik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-111132>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Thomas Bauer, Florian Baumann

# Raketen für Europa?

Die US-Pläne offenbaren die strategischen Schwächen Europas

Thomas Bauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P). Florian Bauman ist Forschungsassistent am C·A·P. Dieses Papier entstand im Kontext des Projekts „Das größere Europa“, das vom C·A·P gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wird.

---



# Inhalt

Zusammenfassung	4
<hr/>	
1. Raketenabwehr als Spaltpilz für Europa?	5
1.1. Kern der Debatte	5
1.2. Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung	5
2. Technische Aspekte	6
3. Die relevanten Diskussionsebenen beim Thema Raketenabwehr	7
3.1. Einbindung Russlands	7
3.2. Weitere Spannungen im Umfeld	8
3.3. Die Rolle der NATO	9
3.4. Wo bleibt die Europäische Union?	11
3.5. Die Debatte in Deutschland	11
4. Schlussfolgerung und Empfehlungen	13
4.1. NATO ja, aber ...	13
4.2. Die USA zurück ins Boot ziehen	14
4.3. Europas Rolle in der multipolaren Welt definieren	14
4.4. Sicherheitspolitischen Resonanzboden in Deutschland generieren	15
<hr/>	
Anmerkungen	17

---

## Zusammenfassung

Die Diskussion um die US-amerikanischen Raketenabwehrpläne offenbart die Komplexität und Vielschichtigkeit politischer Prozesse zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dabei geht es meistens nicht um das Abwehrsystem selbst, sondern um die Wahrung von unterschiedlichen Interessen auf der internationalen Bühne oder in der parteipolitischen Auseinandersetzung. Zum einen strebt Russland nach einer stärkeren Rolle im ehemaligen sowjetischen Einflussbereich und möchte sich als globaler Akteur zurück melden. Zum anderen versuchen Teile der SPD die Diskussion für eine Rückbesinnung auf ihre Wurzeln als Friedenspartei zu nutzen. Hinzu kommen ungeklärte Fragen in Bezug auf die Rolle der NATO und der EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eine unterschiedliche Wahrnehmung der Bedrohung durch das iranische Nuklear- und Raketenprogramm.

Nach einer Freilegung der Kerndiskussionen und einer Betrachtung der Teile des Eisbergs, die unterhalb der Wasseroberfläche liegen, kommt das Papier zu folgendem Ergebnis. Die Pläne für ein umfassendes Raketenabwehrsystem sollten im Rahmen der NATO zusammen mit Russland weitergeführt werden. Nur eine gemeinsame Lösung kann einen weiteren Bruch im Vertrauensverhältnis vermeiden. Zudem kann man mit diesem Schritt die USA zurück ins gemeinsame Boot der NATO holen. Zudem sollte über eine neue strategische Vereinbarung zwischen EU und NATO in Bezug auf verteidigungspolitische Fragen nachgedacht werden, die auch den Aspekt der territorialen Raketenabwehr beinhaltet. Hierfür gilt es die strategischen Interessen Europas im globalen politischen System zu definieren und diese mit Nachdruck zu vertreten. Mit Blick auf die innerdeutsche Debatte sollte die verstärkte Diskussion mit dem Bürger gesucht werden, um überzeugende Erklärungsmuster für die Politik im 21. Jahrhundert bieten zu können.

## 1. Raketenabwehr als Spaltpilz für Europa?

### 1.1. Kern der Debatte

Die gegenwärtig geführte Diskussion um die Beteiligung von Polen und der Tschechischen Republik an den US-Plänen zum Aufbau eines Raketenabwehrschirms ist komplex und irreführend zugleich. Neben technischen Belangen und der Frage nach der Effektivität des Systems sind es vor allem differierende bzw. divergierende Vorstellungen hinsichtlich der sicherheits- und verteidigungspolitischen Implikationen einer Raketenabwehr, die derzeit eine Lösung erschweren. Die harsche Kritik aus Moskau an dem Vorhaben hat im Zusammenhang mit der von Russland vorgebrachten Androhung den Vertrag über die Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) einzufrieren zu einer weiteren Verschärfung der Situation geführt.

Betrachtet man sich die aktuellen Verlautbarungen der beteiligten Kräfte etwas genauer, so wird deutlich, dass die Raketenabwehrpläne nur die Spitze des Eisbergs darstellen und Russland vielmehr um eine generelle Neujustierung seines Verhältnisses gegenüber den Vereinigten Staaten, der NATO und der Europäischen Union bemüht ist. Zudem besitzt die Debatte auch innenpolitische Bedeutung. In Deutschland wird vor allem von Seiten der SPD mit Nachdruck die Haltung vertreten, dass Vorhaben könnte zu einem neuen Wettrüsten in Europa führen, während die Union sich bisher für einen zielgerichteten Dialog mit den USA und Russland im Rahmen des NATO-Russland-Rats ausspricht. Auch innerhalb der NATO scheint entgegen der offiziellen Protokolle das Stimmungsbild eher geteilt zu sein. Hierin zeigt sich exemplarisch die interessenorientierte Vielschichtigkeit und Komplexität im internationalen System. Es belegt die Probleme und Herausforderungen, die Europa auf der Suche nach seiner Rolle als gestalterische Kraft im weit verzweigten Netzwerk von gegenseitigen Abhängigkeiten und globalen Strömungen zu bewältigen hat.

Vielschichtige Debatte

### 1.2. Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung

Das Thema Raketenabwehr besitzt ungeachtet der bereits erkennbaren Verstimmungen im amerikanisch-russischen Verhältnis durchaus das Potential auch zum Stolperstein für die transatlantischen Beziehungen und das Verhältnis zwischen USA, NATO und der Europäischen Union (EU) zu werden. Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen und Zielvorgaben sowie die Frage der Einbindung der europäischen Partner stehen hierbei im Zentrum. So zeigen sich vor allem die Europäer uneinig inwiefern in Zukunft eine echte Bedrohung vom iranischen Atom- und Raketenprogramm ausgehen wird. Nicht nur in Deutschland sondern auch in Norwegen und anderen Ländern Europas steigt die Skepsis gegenüber dem Gesamtvorhaben. Viele sehen darin den Einstieg in einen erneuten Rüstungswettlauf, wodurch politische Lösungen und multilaterale Ansätze zur Beilegung internationaler Dispute, wie etwa dem Streit um die richtige Strategie gegen nukleare Proliferation, erschwert werden.<sup>1</sup> Hinzu kommt die widersprüchliche Haltung in Warschau. Polen fühlt sich nicht vom Iran bedroht, möchte aber dennoch Teil des Raketenabwehrsystems sein, um sich gegen das wieder erstarkte Russland absichern zu können. Diese Fehlinterpretation der technischen und strategischen Möglichkeiten der US-Pläne wird im Laufe des Beitrags noch näher beleuchtet.

Gefährdung durch Iran

Die USA betonen hingegen, dass sie nicht das Risiko eingehen wollen, einer iranischen Bedrohung durch nukleare Mittelstreckerraketen ausgeliefert zu sein, ohne ein adäquates Abwehrsystem zur Verfügung zu haben. Dieser Zeitfaktor wurde durch

Wichtiger Zeitfaktor

die angepeilte Einsatzfähigkeit des Systems ab dem Jahr 2010 nochmals verdeutlicht, gehen doch amerikanische Experten davon aus, dass der Iran möglicherweise erst ab dem Jahr 2015 in der Lage sein könnte, mit länger reichenden Raketen eine Gefahr für den Westen darzustellen.<sup>2</sup>

## 2. Technische Aspekte

Das von den USA nun initiierte Vorhaben zur Einbindung Polens und der Tschechischen Republik besitzt eine längere Vorgeschichte, die teilweise bis zu den SDI-Plänen (*Strategic Defence Initiative*, auch bekannt als Star-Wars-Programm der USA) unter der Administration von Ronald Reagan zurückführt. Die Verbreitung moderner Trägertechnologie nach 1990 sowie die Entwicklung unterschiedlicher Nuklearprogramme in Staaten wie Nordkorea, Irak, Iran, Indien und Pakistan haben zudem die Möglichkeit einer breiteren Gefährdung durch weit reichende Raketen mit nuklearen Sprengköpfen erhöht.<sup>3</sup>

Layered Missile Defence

In den USA verfolgt man seit mehreren Jahren den Ansatz eines umfassenden, gestaffelten Abwehrsystems, mit dem Raketen sowohl in der Startphase (*Boost Phase Defence*), beim Flug außerhalb der Erdatmosphäre (*Midcourse Defence Phase*) und in der absteigenden Endphase (*Terminal Defence Phase*) bekämpft werden können.<sup>4</sup> Das Problem bei einer Bekämpfung in der Startphase liegt in der relativ kurzen Reaktionszeit, in der das feindliche Objekt geortet und gezielt zerstört werden muss. Zwar laufen in den USA bereits zahlreiche Versuche mit luftgestützten Laser-Waffen, jedoch ergeben sich hier immer noch enorme technische und daraus resultierende finanzielle Probleme bei der Umsetzung. Zudem müssten Ortungs- und Bekämpfungssysteme in der unmittelbaren Nähe des Startorts liegen. Für die *Terminal Defence Phase* existieren bereits unterschiedliche Systeme wie etwa Patriot in der PAC-3 Konfiguration oder das sich noch in der Entwicklung befindliche System MEADS (Medium Extended Air Defence System), an dem neben den Vereinigten Staaten auch Deutschland und Italien beteiligt sind. Beide Systeme eignen sich nicht nur zur Abwehr von ballistischen Raketen, sondern auch zur Verteidigung gegen Marschflugkörper.<sup>5</sup>

Limited Midcourse Defence

Die nun diskutierten Pläne zum Aufbau von Bestandteilen eines Raketenabwehrsystems in Europa betreffen die *Midcourse Defence Phase*, und dienen somit lediglich zur Abwehr von einzelnen ballistischen Raketen. Grundlage für dieses Konzept ist ein Beschluss der Clinton-Administration aus dem Jahr 1997 zum Aufbau einer *Limited Midcourse Defence* Fähigkeit, der in drei Schritten vollzogen werden sollte.<sup>6</sup> In einem ersten Schritt wurden in Alaska Radar- und Abfangsysteme gegen eine mögliche Bedrohung aus Nordkorea errichtet. Eine begrenzte Einsatzbereitschaft ist für das Jahr 2008 vorgesehen. Die Einbindung europäischer Elemente soll dem Ganzen nun noch eine atlantische Dimension hinzufügen. Dazu zählen Anlagen in Großbritannien und die nun im Zentrum der Diskussion stehenden zehn Abfangraketen in Polen sowie ein X-Band Radar in der Tschechischen Republik. Geschützt wären dadurch die USA selbst und weite Teile des europäischen Kontinents.

Hit-to-kill System

Die Abfangraketen sind jedoch nicht mit Sprengköpfen bestückt. Während des Golfkriegs von 1990/91 hatte sich gezeigt, dass die in Folge einer Explosion des *Interceptors* in der direkten Umgebung der feindlichen Rakete auftretenden Trümmerteile immer noch verheerende Wirkung verbreiten konnten. Diese Form der Bekämpfung ist dem modernen Ansatz des „hit-to-kill“ gewichen, bei dem ein direkter Treffer mit der feindlichen Rakete erfolgt. Dabei entfaltet die Abfangrakete

ihre Wirkung nicht durch einen mitgeführten Sprengkopf sondern rein durch die freiwerdende kinetische Energie beim Aufprall des massiven Abfangkörpers auf die Rakete. Diese Form der Bekämpfung ist auch Bestandteil der Abwehrsysteme Patriot PAC-3 und MEADS.

### 3. Die relevanten Diskussionsebenen beim Thema Raketenabwehr

#### 3.1. Einbindung Russlands

Nach dem Vorstoß der USA im Januar 2007 und der Zustimmung Polens und Tschechiens, Abfangsysteme und Radaranlagen auf ihrem Territorium stationieren zu wollen, ist ein heftiger Streit über die Einbeziehung Russlands in das Gesamtvorhaben entbrannt. Moskau warf den Vereinigten Staaten im Umfeld der diesjährigen Sicherheitskonferenz in München vor, man sei weder rechtzeitig noch ausreichend über die Pläne informiert worden. Zudem sehe man in der Installation von Abfangraketen beziehungsweise Radarsystemen in den beiden osteuropäischen Ländern eine Bedrohung seiner eigenen strategischen Nuklearkapazitäten. Beide Kritikpunkte sind in der Zwischenzeit mehrmals widerlegt worden. Zum einen können die geplanten zehn Abfangraketen nicht ausreichen um das mehrere Tausend Sprengköpfe umfassende atomare Potential Russlands auszuhebeln.<sup>7</sup> US-Außenministerin Condoleezza Rice ging in ihre Reaktion auf die russischen Vorwürfe sogar soweit zu betonen, dass es „anachronistisch und wirklichkeitsfremd“<sup>8</sup> sei, in diesem Fall von einer Gefährdung des russischen Arsenal zu sprechen, und deswegen der Vorwurf, man begeben sich in ein neues Wettrüsten, jeglicher Grundlage entbehre. Zum anderen wurde nach Aussagen von General Henry Obering, dem Chef der amerikanischen Raketenabwehrbehörde, Moskau in den vergangenen Jahren im NATO-Russland-Rat sowie in direkten Gesprächen zwischen Washington und Moskau von den grundsätzlichen Plänen der USA bereits informiert.<sup>9</sup>

Überzogene Kritik aus Moskau

Die kritische Haltung vieler Europäer und die harsche Reaktion Russlands hatten dazu geführt, dass Deutschland mit Nachdruck die engere Einbindung Russlands in die weiteren Überlegungen gefordert hat. Als geeignetes Forum hierfür wurde der NATO-Russland-Rat vorgeschlagen. Die USA haben zudem Russland angeboten, die fraglichen Stationierungsorte in Polen und der Tschechischen Republik zu besichtigen und eine Kooperation vorgeschlagen, in der über technische und politische Aspekte einer gemeinsamen Raketenabwehr sowie dem Austausch von Frühwarn-daten und gemeinsamen Manövern verhandelt werden könnte.<sup>10</sup> Dieser Vorstoß, der unter anderem bei einem Besuch von US-Verteidigungsminister Robert Gates in Moskau im April 2007 vorgebracht wurde, ist bisher allerdings nicht von Russland aufgegriffen worden.<sup>11</sup>

Entgegenkommen der USA

Diese ablehnende Haltung hat auch über das eigentliche Streitthema Raketenabwehr hinaus negative Auswirkungen für die Beziehungen zwischen den beiden Mächten. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer betont immer wieder, dass ein gutes Verhältnis der Allianz zu Russland als bedeutende eurasische Macht für die Lösung vieler europäischer wie globaler Fragen unerlässlich sei. In einem Beitrag in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ stellt er klar, dass es trotz Fortschritte in einigen Teilbereichen der Kooperation immer noch an der nötigen politischen Unterstützung fehle. Unter Bezug auf die Reaktionen Moskaus auf die Raketenabwehr-Pläne der USA warf er Russland vor sich noch nicht vollständig von den Stereotypen einer vergangenen Epoche gelöst zu haben. Im fünften Jahr des

Beziehungen NATO-Russland



NATO-Russland-Rats sei es an der Zeit das Bekenntnis der NATO und Russlands zur Zusammenarbeit auf hoher politischer Ebene zu erneuern.<sup>12</sup>

### 3.2. Weitere Spannungen im Umfeld

Forderungen Polens

Die Lage droht zudem weiter zu eskalieren. Polen hat seine Zustimmung zur Stationierung der zehn Abfangraketen auf seinem Territorium von der Lieferung von Patriot-Abwehrraketen durch die USA abhängig gemacht. Unverhohlen verwies Warschau darauf, dass man sich damit vor allem gegen Russland absichern möchte.<sup>13</sup> Genau diese Ausrichtung des Gesamtvorhabens haben die USA bisher aber vehement abgelehnt, weswegen es in Washington zu einer klaren Absage an die Forderung aus Polen kam.

KSE-Vertrag

In der Zwischenzeit hatte der russische Präsident in einer Rede zur Lage der Nation gedroht, den laufenden Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) einseitig auszusetzen, da einige westliche Staaten das Übereinkommen über eine Änderung des KSE-Vertrags, wie es in Istanbul 1999 beschlossen worden war, noch nicht ratifiziert haben. Dieser Änderungsvertrag ersetzte den blockbezogenen Ansatz für die Definition eines militärischen Kräftegleichgewichts zwischen den Vertragspartnern, wie er im ursprünglichen KSE-Vertrag aus dem Jahr 1990 festgelegt worden war, mit einem europäischen System regionaler Stabilität. Die Ratifizierung des Änderungsvertrags machen die westlichen Staaten vom Abzug russischer Truppen aus Moldawien-Transnistrien und der zeitlichen Regelung eines Abzugs aus Georgien abhängig. Man hatte jedoch in Istanbul versäumt, eine zeitliche Abfolge hinsichtlich der Ratifikation des Vertrags und den Abzug russischer Truppen festzulegen. Es drängt sich daher der Verdacht auf, dass der russische Präsident die angespannte Situation in Bezug auf die Raketenabwehrpläne der USA ausnutzen möchte, um eine erneute Anpassung des KSE-Vertrags zu Gunsten der russischen Seite auszuhandeln.

ABM-Vertrag

Allgemein kann man feststellen, dass die geradezu irrational ablehnende Haltung Moskaus darauf hindeutet, dass sich Russland um eine Neudefinition seiner Beziehungen zu den USA, zur NATO und zu Europa bemüht. Denn nach der einseitigen Kündigung des ABM-Vertrags (Anti-Ballistic-Missile-Treaty über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen) durch die Bush-Administration im Jahr 2002 fielen die Reaktionen Russlands eher verhalten aus und schienen vor allem von symbolischem Charakter zu sein. Bereits damals wurde darüber spekuliert, ob sich Russland und die USA hinter den Kulissen um die Vereinbarung eines neuen, gegen China gerichteten ABM-Regimes bemühen würden. Die globale sicherheitspolitische Entwicklung der letzten Jahre – das Näherrücken der NATO nach deren Erweiterung an Russland, und das unilaterale Verhalten der Vereinigten Staaten im Fall des Irak – haben in Moskau zu der Erkenntnis geführt, dass man sein Verhältnis zur einzig verbliebenen Supermacht und dem westlichen Bündnis auf neue Grundlagen stellen muss.

Russland ist bereit „seinen Dissens mit dem Westen zu demonstrieren und sucht nach Wegen, die westlichen Staaten aus dem Gebiet zu drängen, das Moskau als eigene Einflussosphäre betrachtet“.<sup>14</sup> In dieselbe Richtung argumentieren Experten auch in Bezug auf die ablehnende Haltung Russlands gegenüber dem Ahtisaari-Plan hinsichtlich einer international überwachten Unabhängigkeit des Kosovo. Moskau tritt hierbei als Vertreter der serbischen Interessen auf. Dabei scheint jedoch weniger die traditionelle Allianz mit Belgrad im Vordergrund zu stehen als der bereits darge-

legte Versuch sich als globaler Akteur wieder ins Spiel zu bringen.<sup>15</sup> Bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 hatte der russische Präsident auf die 1000-jährige Geschichte und Tradition seines Landes verwiesen. Der wirtschaftliche Erfolg der letzten Jahre werde sich „unausweichlich auch in politischen Einfluss umwandeln“.<sup>16</sup> Mit dieser Argumentationslogik steht Putin im Übrigen nicht alleine. Auch die von Javier Solana im Jahr 2003 vorgelegte Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) hatte unter Verweis auf die schiere Wirtschaftskraft der EU betont, dass Europa geradezu verdammt dazu sei, eine stärkere politische Rolle in der Welt wahrzunehmen.<sup>17</sup>

Großmachtstreben Russlands

### 3.3. Die Rolle der NATO

Nachdem die USA im Vorfeld lediglich bilateral mit Polen und der Tschechischen Republik über eine Beteiligung am Raketenabwehrschirm verhandelt hatten, wurde auf Drängen von Bundeskanzlerin Merkel in Ihrer Funktion als gegenwärtige EU-Ratsvorsitzende das Thema Mitte April 2007 erstmalig im Rahmen der NATO debattiert. Während von offizieller Seite ein grundsätzlicher Konsens in der Allianz über den Aufbau eines Raketenabwehrschirms unter Beteiligung der Europäer signalisiert wurde, meldeten einige Mitgliedstaaten Bedenken an. Deutschland, Kanada, Norwegen und mindestens drei weitere Staaten sehen noch einen erheblichen Diskussionsbedarf.<sup>18</sup> Neben der allgemeinen Frage, ob ein Raketenabwehrschirm benötigt wird, heben diese Länder vor allem die Auswirkungen auf die NATO-Russland-Beziehungen hervor. Präsident Putin verglich das amerikanische Vorhaben mit der Stationierung der Pershing-Raketen am Anfang der 1980er Jahre und drohte mehrfach mit Gegenmaßnahmen.<sup>19</sup>

Keine einheitliche Position

Außenminister Steinmeier warnte vor einer „Spirale des Misstrauens“ und forderte sowohl eine ernsthafte Debatte innerhalb der NATO, als auch eine stärkere Berücksichtigung der russischen Bedenken.<sup>20</sup> Zu der eher unwahrscheinlichen Bedrohung eines neuen Rüstungswettlaufes in Europa kommen weitere strittige Fragen hinzu. Der zukünftige Status des Kosovo zählt ebenso dazu, wie die Bedeutung Russlands als Energielieferant. Anders, als für die USA, spielen die Beziehungen der Europäer zum russischen Nachbarn aufgrund der geographischen Nähe und des Ressourcenreichtums eine besondere Rolle.

Spirale des Misstrauens

Eine zweite Gruppe von Staaten – Bulgarien, Griechenland, Rumänien und die Türkei – haben Zweifel ganz anderer Art: die gegenwärtige Planung der Amerikaner bezieht die südosteuropäischen Staaten nicht in den Schutzschirm mit ein. Ihr Interesse liegt daher in einer Ausweitung des Raketenschildes, bzw. der Ergänzung des US-Systems, durch eine zusätzliche NATO Komponente, da die Bedrohung aus dem Nahen Osten – insbesondere durch das iranische Atomprogramm – durchaus ernst genommen wird.<sup>21</sup> Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer nannte als Ansatzpunkt hierfür den auf dem Prager NATO-Gipfel von 2002 initiierten Plan einer umfassenden territorialen Raketenabwehr für das gesamte NATO-Gebiet.<sup>22</sup> Daneben existiert noch ein Vorhaben zum Aufbau eines *Active-Layered-Theatre-Ballistic-Missile-Defence* (ALTBMD) Systems in der Allianz, welches die Streitkräfte der NATO im Einsatzgebiet vor ballistischen Raketen wie auch dem Angriff mit Marschflugkörpern schützen soll. Es ist bisher jedoch noch nicht klar, inwiefern die unterschiedlichen Programme miteinander verbunden werden sollen, geschweige denn, ob dies überhaupt realisierbar ist.

Die gegenwärtige Situation bestätigt die USA in ihrer skeptischen Haltung in Bezug auf eine Diskussion ihrer Pläne im NATO-Rahmen. Zum einen handelt es sich um

Rolle der USA

ein US-amerikanisches Projekt, in das nun zwei osteuropäische Verbündete mit eingebunden werden sollen, weswegen die generelle Zustimmung der NATO-Partner nicht notwendig ist. Zum anderen wäre man vermutlich mit dem Projekt nicht annähernd in einem so fortgeschrittenen Stadium, hätte man die Raketenabwehrpläne von Beginn an innerhalb der Allianz angelegt. Allerdings erweist sich der aus Effizienzgründen gefahrene Ansatz der Ausgrenzung der NATO nun als Bumerang. Denn es belegt, welch geringe Relevanz dem Nordatlantiktakt seitens der USA heute noch beigemessen wird. Mitnichten werden die USA die weitere Umsetzung ihrer Pläne von einem positiven Votum der Bündnispartner abhängig machen. Auch Erfolg oder Misserfolg einer Vermittlung im NATO-Russland-Rat werden keinen Einfluss auf die Entscheidung in Washington haben.

Der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg machte gar deutlich, dass sein Land sich von der NATO nicht mehr ausreichend geschützt fühlt und auch die bereits erwähnte Forderung Polens nach Lieferung von Patriot-Abwehrraketen durch die USA zum Schutz vor Russland lässt die Zweifel einiger Bündnispartner an der Effizienz der NATO erkennen.<sup>23</sup>

Die gegenwärtige Debatte kann daher als weiterer Beleg für das Auseinanderdriften der Allianz und der konzeptionellen wie strategischen Schwäche der Europäer im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewertet werden.

Russland fördert Dissens

Die bereits während des Irak-Konflikts offen zu Tage getretenen Differenzen zwischen dem *neuen* und dem *alten* Europa lassen sich auch in der Debatte um die amerikanischen Raketenabwehrpläne wieder erkennen. Während sich die USA aus den strategischen Foren der westlichen Partnerschaft zurückziehen und deren Wert durch die Bevorzugung von *ad-hoc* Bündnissen unterminieren, nutzt Moskau die innereuropäischen und transatlantischen Meinungsverschiedenheiten, um die Risse innerhalb des westlichen Bündnisses und im Verhältnis der Europäer zu den USA weiter aufzudehnen.<sup>24</sup>

Im Anschluss an das NATO-Russland-Treffen vom 26./27. April 2007 forderte der russische Außenminister Lawrow eine ernsthafte Debatte über die europäische Sicherheitsarchitektur und traf damit den Kern der gegenwärtigen Auseinandersetzung. Der Streit um den amerikanischen Raketenabwehrschirm stellt dabei nur die Spitze des Eisbergs dar, während das eigentliche Problem deutlich tiefer sitzt. Die Tschechische Republik stellt die Funktionsfähigkeit der NATO grundsätzlich in Frage und rechtfertigte damit ein bilaterales Abkommen mit den USA, während Polen derzeit scheinbar alles unternimmt, um sowohl die NATO, als auch die EU zu schwächen. Fraglich ist dabei, welches Sicherheitskonzept den europäischen bzw. westlichen Ansprüchen gerecht werden kann. Und damit stellt sich auch die Frage nach der Zukunft von NATO und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Zukunft der NATO

Bisher ist es den EU-Mitgliedsstaaten nicht gelungen, ihre eigene Verteidigungsidentität klar zu profilieren, worunter auch die transatlantischen Beziehungen gelitten haben. Dabei wäre gerade jetzt, vor dem Hintergrund neuer Ost-West-Spannungen und der zugespitzten Lage in Nahost, der Nordatlantiktakt gefordert eine klare Strategie für die gemeinsame Sicherheit vorzulegen. Dabei sollte sowohl die Rolle der EU als auch eine vertiefte Partnerschaft mit Russland berücksichtigt werden. Angesichts der zunehmenden außer-europäischen Bedrohungen wäre eine verschärfte Rivalität mit Moskau für die Sicherheit der NATO-Staaten kontraproduktiv.

### 3.4. Wo bleibt die Europäische Union?

Die Diskussion über die Beteiligung Russlands und erst Recht die Verstimmungen im amerikanisch-russischen Verhältnis nach der Rede des russischen Präsidenten zur Lage der Nation überdecken eine weitere, noch wichtigere Frage: Welche Rolle spielen Europa und die EU in diesem Zusammenhang? Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden, hat in einem Beitrag in der Welt am Sonntag drei mögliche Vorgehensweisen für die weiteren Verhandlungen vorgelegt. Dabei erklärte er einer bilateralen Lösung zwischen den USA auf der einen und Polen und der Tschechischen Republik auf der anderen Seite eine deutliche Absage, da dadurch negative Fliehkräfte in der EU und in der NATO entstehen würden. Die EU hält er wegen der Nichtbeteiligung der USA und Norwegens für ungeeignet. Allein die NATO sieht er als den richtigen Ort für die Verhandlung über die weiteren Schritte an. Letztere Option wird mittlerweile mit Nachdruck verfolgt. Sie besitzt zudem den Vorteil, ein von den USA als bilaterales Vorhaben gestartetes Projekt in einen multilateralen Rahmen zu transferieren.

EU ohne Position

Javier Solana hält eine Diskussion in Europa hinsichtlich der Raketenabwehrpläne für notwendig. Gleichzeitig betont er jedoch, dass die EU im eigentlichen Entscheidungsprozess keine Rolle spielen werde. Diese Haltung folgt dem allgemeinen Ansatz, dass die EU im Bereich der klassischen Landesverteidigung keinerlei Zuständigkeiten besitzt. Es ist jedoch fraglich, inwiefern der Schutz vor ballistischen Raketen und Marschflugkörpern nur der territorialen Verteidigung zuzuordnen ist, oder ob es sich dabei nicht doch um ein Kernelement der Sicherheits- und Verteidigungspolitik handelt. Denn zum einen profitiert die Union von den Beiträgen der Mitgliedstaaten für Operationen und Einsätze im Krisenmanagement, die auch mobile Raketenabwehrsysteme umfassen können, zum anderen hält sie sich aber von einer Diskussion über ihre Rolle in der stationären Raketenabwehr für Europa fern.

Die EU offenbart mit dieser unklaren Haltung zudem ein weiteres Strategiedefizit gegenüber den USA. Der amerikanische Vorstoß zu Beginn des Jahres hinsichtlich der Stationierung der Abfangraketen und des Radarsystems in Osteuropa verlief äußerst unglücklich. Er macht deutlich, wie wenig die Kanäle im strategisch ausgerichteten sicherheitspolitischen Dialog über den Atlantik in den letzten Jahren genutzt werden. Hier zeigt sich auch ein Trugschluss bezüglich der Bewertung der transatlantischen Beziehungen. Das Ende des Irak-Disputes hat nicht wie erhofft die Potentiale zum Aufbau einer neuen Basis für die Partnerschaft frei gesetzt. Vielmehr findet ein strategischer Dialog zwischen beide Parteien schlicht nicht mehr statt. Dadurch vermeidet man zwar in der Öffentlichkeit ausgetragene Meinungsverschiedenheiten, mit der Selbstbehauptung einer den transatlantischen Beziehungen zugrunde liegenden gestalterischen Kraft als Antwort auf die Herausforderungen der sich verändernden internationalen Beziehungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat dies jedoch herzlich wenig zu tun. Man kann jedoch von europäischer Seite nicht fordern, dass man als Sicherheitsakteur ernst genommen werden möchte, wenn man gleichzeitig bei drängenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen keine Position bezieht und stattdessen auf die NATO verweist.

Transatlantisches  
Dialog-Defizit

### 3.5. Die Debatte in Deutschland

Auch in der Bundesrepublik führte der Raketenstreit zu etlichen Kontroversen. Die Hauptkonfliktlinie verläuft dabei zwischen Koalition und Opposition. Während sich die Regierung tendenziell für eine Raketenabwehr – wenn auch im Rahmen der

Meinungsbild  
Regierung - Opposition

NATO – ausspricht, argumentieren FDP, Grüne und Linkspartei vehement dagegen. Primär kritisieren die Oppositionsparteien den amerikanischen Alleingang in der Sache, aber auch die grundsätzliche Notwendigkeit eines Raketenabwehrsystems wird in Frage gestellt. Besonders deutlich formulierte dies der ehemalige Umweltminister Jürgen Trittin. Die Begründung der Amerikaner für Abwehrraketen sei „verlogen“, im Grunde richte sich der Abwehrschirm gegen Russland.<sup>25</sup> Auch die FDP warnt vor der Spaltung Europas und einer Konfrontation mit Moskau sowie dem daraus möglicherweise resultierenden erneuten Rüstungswettlauf.<sup>26</sup> Da das geplante US-System aber – wie bereits erwähnt – keine Bedrohung für das russische Offensivpotenzial darstellt, sind derartige Äußerungen wohl eher als wahltaktische Profilierungsversuche zu verstehen.

SPD als Friedenspartei

Aber nicht nur in der Opposition, sondern auch innerhalb der Regierungsparteien regt sich der Widerstand. Vor allem Teile der SPD wollten die Chance nutzen, sich als Friedenspartei zu re-positionieren. Parteichef Kurt Beck sah gar einen neuen Kalten Krieg heraufziehen und sprach sich generell gegen das Projekt aus,<sup>27</sup> ebenso Altkanzler Gerhard Schröder, der um das deutsch-russische Verhältnis fürchtet.<sup>28</sup> Beide treffen damit den Grundtenor innerhalb der Partei: die Pläne zur Raketenabwehr – egal, ob als US-Projekt oder als NATO-Vorhaben – werden als ebenso unnötig, wie gefährlich verstanden. Eine Gefährdung Europas durch Lang- oder Mittelstreckenraketen aus Nahost wird entweder geleugnet, oder in eine ferne Zukunft verschoben und damit zunächst entschärft. Moderatere Stimmen unter den Sozialdemokraten – vornehmlich von denjenigen mit Regierungsverantwortung – kritisieren hingegen hauptsächlich die unilaterale Vorgehensweise der USA. Europa und Russland dürften mit dem Raketenschirm nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Allen voran Außenminister Frank-Walter Steinmeier forderte das Thema in NATO und EU aufzugreifen, um sich konstruktiv an einer Lösungsfindung zu beteiligen, ohne einen neuen Rüstungswettlauf zu initiieren.<sup>29</sup>

Raketenabwehr als  
Sicherheitsgarant

Eine ähnliche Ansicht vertreten auch die Unionsparteien, stellen sich damit aber relativ deutlich hinter das Projekt. Insbesondere die Bundeskanzlerin hat sich dafür stark gemacht, die Raketenabwehr im Rahmen der nordatlantischen Allianz, aber auch im Dialog mit Russland, zu behandeln.<sup>30</sup> Anders als der Außenminister beansprucht Angela Merkel jedoch für die EU keine aktive Rolle bei der Debatte. Die Stimmführer in CDU und CSU heben die positiven Effekte des Programms für die Sicherheit Westeuropas hervor. Karl Lamers, Verteidigungsexperte der Union, kehrt die Rüstungsängste der Raketengegner sogar ins Gegenteil. Statt einer Aufrüstungsspirale könne ein derartiges System aufgrund seines defensiven Charakters letztlich zur globalen Abrüstung bzw. einem Ende der iranischen Raketenträume führen.<sup>31</sup> In Abgrenzung zur Opposition und deutlicher als im Falle des Koalitionspartners, begrüßen die Unionspolitiker zwar mehrheitlich den Raketen schild, sprechen sich darüber hinaus aber für eine Ausweitung des Systems auf das gesamte NATO-Gebiet aus. Dabei wird zudem an eine enge Einbindung Russlands in dieses Schutzkonzept gedacht.<sup>32</sup> Während somit bei den Sozialdemokraten die alten Amerika-kritischen Reflexe noch zu funktionieren scheinen, ist auch auf den pro-atlantischen Mechanismus in der Union Verlass. Die relativ konziliannten Töne der SPD-Spitzenleute – mit Ausnahme des Parteichefs und dem Generalsekretär Hubertus Heil – lassen sich vorrangig auf die Zwänge einer Großen Koalition zurückführen.

Die Vielstimmigkeit deutscher Spitzenpolitiker spiegelt auch die Unsicherheit der Bevölkerung wider. Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage im Auftrag des *Stern* halten achtundvierzig Prozent der Bundesbürger die USA für gefährlicher für den Welt-



friedens als den Iran, nur einunddreißig Prozent vertreten eine gegenteilige Meinung.<sup>33</sup> Die Ausdehnung des US-Raketenschirms auf Europa stößt daher auf viel Skepsis. Insgesamt fühlen sich die Deutschen aber – wie auch die übrigen Bürger Europas – kaum von außen bedroht. Nur zwei Prozent der Europäer bzw. ein Prozent der Bundesbürger geben Terrorismus oder Verteidigung als relevantes Problem an. Hingegen werden Arbeitslosigkeit und Armut als extrem bedrohlich bewertet.<sup>34</sup> Gleichzeitig liegt die allgemeine Zustimmung zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bzw. zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) bei jeweils dreiundsechzig Prozent.<sup>35</sup> Hier zeigt sich offensichtlich eine paradoxe Unstimmigkeit, zwischen Bedrohungsperzeption und Lösungsansätzen in der Bevölkerung. Solange keine *gefühlte* Gefährdung durch terroristische oder militärische Angriffe von außen existiert, führt ein Raketenabwehrschirm nicht zu einem höheren Maß an *subjektiver* Sicherheit. Aus der hohen Zustimmung zur GASP lässt sich auch die Bevorzugung einer kooperativen Außenpolitik ablesen. Hingegen bleibt unklar, woraus sich die positive Bewertung der ESVP speist, wenn keine externen Bedrohungen wahrgenommen werden.

Bevölkerung im Widerspruch

#### 4. Schlussfolgerung und Empfehlungen

##### 4.1. NATO ja, aber ...

Mit Sicherheit kann man sagen, dass die NATO das geeignete Forum für die weiteren Schritte hinsichtlich der stationären Raketenabwehr ist. Das Bündnis selbst beschäftigt sich seit einigen Jahren mit Überlegungen hinsichtlich eines umfassenden Raketenabwehrsystems zum Schutz des eigenen Territoriums. Dazu kommen die bereits angelaufenen Pläne zum Aufbau eines mobilen Abwehrsystems zum Schutz von NATO-Kräften im jeweiligen Einsatzraum. In den anstehenden Verhandlungen sollte daher auch geklärt werden wie die aktuellen Vorhaben der NATO mit den nun vorgelegten Plänen für den Aufbau einer atlantischen Dimension der *Limited Mid-course Defence* gekoppelt werden kann. Die dafür notwendigen Diskussionen müssen die beiden zentralen Aspekte eines gemeinsamen Ansatzes berücksichtigen. Zum einen gilt es die militärische Effizienz eines kombinierten Ansatzes zu prüfen, und zum anderen müssen Funktion und Befugnis der Europäer im Einsatzfall geklärt werden. Daraus ließe sich ein wirksames Gesamtsystem erarbeiten, mit dem ganz Europa und der nordamerikanische Kontinent geschützt werden könnten. Die entsprechenden Arbeitsgremien der Allianz müssen hierfür zielstrebig Ergebnisse vorlegen.

Gesamtansatz der NATO

Noch wichtiger ist die Frage der Entscheidungsbefugnis bei diesem gemeinsamen Projekt. Und genau hier taucht ein entscheidender Aspekt auf, der bisher noch nicht ausreichend berücksichtigt worden ist: Sollte die NATO allein als Forum herangezogen werden würde dies einen nicht unerheblichen Einschnitt in das sicherheits- und verteidigungspolitische Selbstverständnis Europas bedeuten. Dieser Punkt ist auch im Rahmen einer von SDA (Security and Defence Agenda) organisierten Konferenz in Brüssel thematisiert worden. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, wer denn nun für die verteidigungsrelevanten Aspekte in Europa zuständig ist, und welche Rolle der EU bei der weiteren Ausgestaltung der Verteidigung in und für Europa zukommen soll. Hierfür würde sich neben den drei bei Eckart von Klaeden aufgeführten Überlegungen eine vierte Option anbieten, die bisher eher wenig diskutiert worden ist. Das Thema Raketenabwehr sollte als Initialzündung für eine neue Verhandlungsrunde bezüglich der strategischen Partnerschaft zwischen EU und NATO herangezogen werden. An deren Ende könnte in Anlehnung an die Berlin-plus Verein-

Berlin-plus 2.0

barung aus dem Jahr 2003 eine Erklärung „Berlin-plus 2.0“ stehen, die das Verhältnis zwischen beiden Organisationen auf dem Gebiet der territorialen Verteidigung klärt.

Mehr Pragmatismus

Grundvoraussetzung dafür wäre jedoch, dass innerhalb der EU eine Einigung über den weiteren Weg der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erzielt werden kann. Erst wenn Abweichler wie Polen und die Tschechische Republik wieder bereit sind, sich an einem gemeinsamen europäischen Ansatz zu beteiligen, kann die EU ihre Position im nordatlantischen Sicherheitsverbund stärken und damit im eigenen Sinne beeinflussen. Erst dann ist an eine Wiederbelebung der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft zu denken. Diese sollte sich stärker an einer ehrlichen Partnerschaft orientieren als an alten Treuschwüren. Hier sollte man den von Kanzlerin Merkel gefahrenen pragmatischen Ansatz weiter verfolgen. Sowohl beim EU-USA Gipfel als auch beim EU-Russland Treffen in Frühjahr 2007 betonte sie den Stellenwert offener und ehrlicher Gespräche im Gegensatz zur rein auf Harmonie ausgerichteten Taktik für die Generierung nachhaltiger und effizienter politischer Lösungen.

#### 4.2. Die USA zurück ins Boot holen

Die USA müssen dazu verleitet werden, die NATO wieder stärker in ihren geopolitischen Überlegungen zu berücksichtigen. Durch Einbindung der Debatte in die NATO wird der adäquate Rahmen geschaffen, um die bilateral Initiative der USA in einen multilateralen Rahmen zu setzen. Dadurch zieht man die USA in ein gemeinsames Boot und bringt die Nordatlantische Allianz als Akteur für Sicherheit in und für Europa wieder ins Spiel. Damit würde auch der Grundstein für eine wiederbelebte transatlantische Partnerschaft gelegt, wodurch sich amerikanische Alleingänge oder bilaterale Abkommen – die gerade in Europa häufig einen Keil zwischen die weiteren Integrationsbemühungen schieben – in den kommenden Jahren vermeiden lassen. Gleichzeitig wären damit die russischen Versuche zum Scheitern verurteilt, die das europäisch-amerikanische Verhältnis weiter zu schwächen versuchen.

Überlegenheit  
multilateraler Ansätze

Gerade der amerikanische Unilateralismus stellt dabei den eigentlichen Spaltplatz dar, da die Überlegungen der NATO zu einem eigenen Raketenabwehrschirm auf weitaus weniger Widerstand stoßen – sowohl unter den nordatlantischen Partnern, als auch in Russland. Wäre das Projekt von Beginn an offen und eindeutig innerhalb der NATO und insbesondere im NATO-Russland Rat als gemeinsames Projekt thematisiert worden, hätten die momentanen Verwerfungen und die wenig hilfreiche Verknüpfung des Themas mit anderen relevanten Entscheidungen und Prozessen (wie etwa KSE-Vertrag) vermieden werden können. Viel gewichtiger ist jedoch, dass auf diese Weise eine Erneuerung der NATO als System kollektiver Sicherheit und Verteidigung im Interesse aller Mitgliedstaaten möglich geworden wäre. Dies würde durch die Einbeziehung der Kooperation mit Russland eine Erneuerung der politischen Gestaltungskraft der Allianz auf höchster Ebene ermöglichen, wie sie vom NATO-Generalsekretär mit Nachdruck gefordert wird.

#### 4.3. Europas Rolle in der multipolaren Welt definieren

Von entscheidender Bedeutung ist jedoch eine klare Definition der Rolle Europas in der Welt. Keiner kann mehr daran zweifeln, dass sich die internationalen Beziehungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einem umfassenden Prozess der Neuausrichtung befinden. Neue Akteure treten auf den Plan (z.B. China oder Indien), alte Mächte drängen zurück auf die globale Bühne (Russland), und globalisierte Finanz-

Handels- und Dienstleistungsströme lassen die Länder der Welt näher zusammenrücken. Zusammen mit den globalen Herausforderungen wie etwa demographischer Wandel, Migration, Klimawandel, Terrorismus, und Ressourcenknappheit ergibt sich ein völlig neues Netz internationaler Beziehungen mit unterschiedlich gelagerten und teilweise diametral entgegengesetzten Knotenpunkten.

Die Vernetzung der Welt macht die zunehmenden Interessendivergenzen zwischen den Akteuren – staatlich wie nichtstaatlich – unmittelbarer und direkter spürbar. Wenn sich Europa nicht um die Selbstbehauptung seiner Rolle in diesem System bemüht, droht es, Opfer einer Marginalisierung aus Anpassungsunfähigkeit zu werden. Die Balance zwischen ausgleichender Politikgestaltung sowie effizienter und nachhaltiger Entscheidungsprozesse kann nur durch die Definition seiner strategischen Interessen und deren umfassender Wahrung und Umsetzung durch die geeigneten Instrumente und in den geeigneten Foren erreicht werden. Dieser Prozess sollte nicht nur nach innen gerichtet sein sondern auch die Frage nach der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (z.B. USA, Russland oder China) und Organisationen (z.B. NATO) umfassen.

Strategie gegen  
Marginalisierung

#### 4.4. Sicherheitspolitischen Resonanzboden in Deutschland generieren

Außen- und Sicherheitspolitik wird in Deutschland leider immer noch zu stark für parteipolitische Auseinandersetzungen missbraucht. Beim Thema Raketenabwehr war dies insbesondere beim SPD-Vorsitzenden zu beobachten, der seine Partei wieder als Friedensmacht ins Spiel bringen wollte. Um jedoch den Missbrauch solcher wichtiger sicherheitspolitischer Themen durch innenpolitische Profilierungskämpfe vermeiden zu können, benötigt man einen sicherheitspolitischen Resonanzboden in der Gesellschaft, auf dem Diskussionen über das Für und Wieder von Auslandseinsätzen oder den geplanten Raketenabwehrschirm geführt werden. Ohne einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der Bevölkerung über das eigene sicherheits- und verteidigungspolitische Profil wird es für die Politik immer schwieriger werden, die notwendige Unterstützung für die eigenen Entscheidungen zu erzeugen, auch wenn dies einen langen und harten Schlagabtausch bedeuten kann.

Die politische Elite des Landes muss sich wieder um die Vermittlung logischer und überzeugender Erklärungsmuster für die Weltpolitik bemühen. Nur so können populistische Nutznießer enttarnt und die eigentlichen Kernfragen von der reinen Stimmungsmache abgesetzt werden. Die Komplexität moderner politischer Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse erschwert die Freilegung der Kernthemen, jedoch gilt es, die Deutungsmacht der Politik und damit die politische Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren, um den Bürger als Teil des Staates an den politischen Prozessen wieder zu beteiligen und ein Höchstmaß an Legitimation und Mitbestimmung zu erreichen. Zudem lässt sich damit ein seit längerer Zeit zu beobachtender Widerspruch in der Wahrnehmung von Sicherheitspolitik aufheben. Denn die deutsche Bevölkerung sieht zwar in der Sicherheitspolitik ein wichtiges Thema, jedoch ist sie nur selten bereit, die zur Wahrung von Sicherheit notwendigen Maßnahmen auch zu unterstützen.

Vermittlung von  
Erklärungsmustern

Kernelement zur Schaffung eines solchen sicherheitspolitischen Resonanzbodens muss die Definition eindeutiger Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik im internationalen politischen System sein. Nur wer seine strategischen Interessen klar darlegen kann, wird auch in der Lage sein, deren Umsetzung überzeugend und mit

Definition von Interessen



Nachdruck legitimieren zu können. Dies gilt sowohl gegenüber Bündnispartner als auch gegenüber der eigenen Gesellschaft. Wer Antworten finden will, muss bereit sein, die richtigen Fragen zu stellen. Wer Antworten geben will, muss bereit sein diese auch umzusetzen. Wer Antworten vertreten will, muss auch bereit sein sich der Kritik zu stellen.

## Anmerkungen

- 1) „Vertrauen statt mehr Raketen“, Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, Meldung vom 19. März 2007, einzusehen unter: <http://www.faz.net/s/Rub28FC768942F34C5B8297CC6E16FFC8B4/Doc~EF7F7ED3A14DE4D4E935E163FCBBE9BFD~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- 2) vgl. hierzu die Aussagen von John Rood, Assistant Secretary of State for International Security and Nonproliferation, vor dem House Foreign Affairs Subcommittee on Europe im US-Repräsentantenhaus vom 3. Mai 2007, einzusehen unter: <http://foreignaffairs.house.gov/110/roo050307.htm>
- 3) vgl. hierzu u.a.: US Missile Defence – A Strategic challenge for Europe, CSS Analyses in Security Policy der ETH Zürich, Ausgabe April/2007.
- 4) Lindsay, James M./ O'Hanlon, Michael E.: Defending America – The case for limited National Missile Defence, Washington D.C.: Brookings Institution Press, 2001, Seite 32-36.
- 5) Siehe hierzu u.a.: Bauer, Thomas /Agüera, Martin: MEADS ist unverzichtbar – Kritische Auseinandersetzung mit der Debatte um das Luftabwehrraketensystem, CAP-Working Paper, München 2005, einzusehen unter: [http://www.cap.lmu.de/download/2005/2005\\_meads.pdf](http://www.cap.lmu.de/download/2005/2005_meads.pdf)
- 6) Lindsay, James M./ O'Hanlon, Michael E.: Defending America – The case for limited National Missile Defence, Washington D.C.: Brookings Institution Press, 2001, Seite 82-87.
- 7) „Ein neues Wettrüsten ist nicht in Sicht“, Namensartikel von Lothar Rühl in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Ausgabe vom 3. April 2007, Seite 10.
- 8) „Wir wollen kein neues Wettrüsten“, Namensartikel von Condoleezza Rice und Robert Gates in der Süddeutschen Zeitung, Ausgabe vom 26. April 2007, Seite 6.
- 9) „Washington: Kein NATO-Projekt“, Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, Meldung vom 15. März 2007, einzusehen unter: <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~ED82C16517CB342FD910EBF87499C165A~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- 10) „United States offers Russian opportunity to cooperate“, Europe Diplomacy & Defence, Ausgabe vom 31. März 2007, Seite 5.
- 11) „USA umgarnen Russland beim Raketenschild“, Financial Times Deutschland, Ausgabe vom 20. April 2007, Seite 17.
- 12) de Hoop Scheffer, Jaap: Ist die NATO für die Zukunft gerüstet?, in: Europäische Sicherheit, Ausgabe 5/2007, Seite 24-29.
- 13) „Polen fordert Raketen gegen Moskau an“, Financial Times Deutschland, Ausgabe vom 30. April /1. Mai 2007, Seite 1.
- 14) Sevcova, Lilija: Russlands Wille zur Weltmacht, in: Osteuropa, Ausgabe 4/2007, Seite 33-52 (Seite 33).
- 15) Tolksdorf, Dominik: Implementing the Ahtisaari Proposal – The European Union's future role in Kosovo, CAP-Analysis 1/2007, München, Seite 7.
- 16) „Neue Eiszeit“, Financial Times Deutschland, Ausgabe vom 12. Februar 2007, Seite 11.
- 17) „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12. Dezember 2003, Seite 1.
- 18) The Agence Europe Bulletin on ESDP and NATO: Europe Diplomacy & Defence, No. 26, 26. April 2007, S. 1.
- 19) vgl. Neue Zürcher Zeitung: Putin kritisiert die Raketenabwehr erneut heftig, Nr. 98, 28./29. April 2007, S. 3.
- 20) euractive.com „Raketenstreit verursacht Kopfzerbrechen in der EU“: <http://www.euractiv.com/de/sicherheit/raketenstreit-verursacht-kopfzerbrechen-eu/article-163472> , 30. April 2007.
- 21) euobserver.com „EU states raise no objection to US missile plan at NATO forum“: <http://euobserver.com/24/23899/> , 19. April 2007.
- 22) The Agence Europe Bulletin on ESDP and NATO: Europe Diplomacy & Defence, No. 26, 26. April 2007, S. 4 und NATO Press Release (2002)127: Prague Summit Declaration, 21. November 2002.
- 23) „NATO will Raketenstreit entschärfen“, Handelsblatt, Ausgabe vom 21. Februar 2007, Seite 6.
- 24) Josef Joffe: Auf Putins Leim, Die Zeit, Nr. 14, 29. März 2007 und Neue Zürcher Zeitung Online: Putins Schatten über dem Nato-Treffen in Oslo, 27. April 2007.
- 25) Der Spiegel: Im Schatten der Raketen, Nr. 10, 5. März 2007, S. 21.
- 26) Beschluss des Bundesvorstands der FDP: „Keine neue Spaltung Europas durch Raketenabwehrsystem“, Berlin, 5. März 2007.
- 27) Der Spiegel: Im Schatten der Raketen, Nr. 10, 5. März 2007, S. 24.
- 28) DW-World.de „US Missile Shield Plan Under Fire From Ex-Chancellor Schröder“: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2380479,00.html> , 12. März 2007.

29) Auswärtiges Amt: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2007/070318-Abrüstung-FASZ.html> , 18. März 2007.

30) Bundesregierung „Pläne für Raketenabwehr in der Nato besprechen“: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1496/Content/DE/Artikel/2007/03/2007-03-19-raketenabwehr-usa-in-polen-und-tschechien.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1496/Content/DE/Artikel/2007/03/2007-03-19-raketenabwehr-usa-in-polen-und-tschechien.html), 19. März 2007.

31) sueddeutsche.de „Merkel warnt vor ‚Spaltung Europas‘“:<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/581/106475/>, 21. März 2007.

32) Handelsblatt, Im Gespräch mit Franz Josef Jung: „Die Raketenbedrohung ist real“, Nr. 60, 26. März 2007, S. 2.

33) Stern.de „Deutsche halten USA für bedrohlicher als den Iran“: <http://www.stern.de/politik/deutschland/:%0A%09%09stern-Umfrage%0A%09%09%09-Deutsche-USA/585728.html> , 27. März 2007.

34) Europäische Kommission: Eurobarometer 65 – Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Januar 2007, S. 299.

35) Europäische Kommission: Eurobarometer 65 – Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Nationaler Bericht: Deutschland, Januar 2007, S. 35.



C·A·P  
Centrum für angewandte  
Politikforschung  
© 2007

Maria-Theresia-Str. 21  
81675 München  
Telefon 089 · 2180 1300  
Telefax 089 · 2180 1329  
E-Mail [redaktion@cap-lmu.de](mailto:redaktion@cap-lmu.de)  
[www.cap.lmu.de](http://www.cap.lmu.de)

---